

Für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik Deutschlands

1. Unsere Sicherheit ist durch vielschichtige Risiken, wie internationaler Terrorismus, Piraterie, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermittel sowie Auswirkungen regionaler Krisen und Konflikte, einschließlich territorialer Annexion, bedroht. Dies erfordert eine aktive und verantwortungsvoll vorausschauende deutsche Sicherheitspolitik, mit dem Ziel einer freien, friedlichen und gerechten Weltordnung unter Beachtung ihrer grundlegenden Werte. Die Sicherheitsvorsorge muss das gesamte Spektrum von der Landes- und Bündnisverteidigung über die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bis zum Katastropheneinsatz abdecken.
2. Mit der friedlichen Vereinigung sind das politische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands in der internationalen Politik, seine Verpflichtungen und damit verbundenen Erwartungen der internationalen Staatengemeinschaft gewachsen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen, NATO, EU und OSZE sollte Deutschland als bevölkerungsmäßig größtes, geopolitisch exponiertes und wirtschaftlich stärkstes Land der Europäischen Union deshalb aktiver als bisher sein politisches, wirtschaftliches und militärisches Gewicht in die internationale Politik zur Wahrung des Friedens, der Freiheit und der Sicherheit einbringen und seine Bündnispartner angemessen unterstützen.

3. Deutschland profitiert überdurchschnittlich von einer globalisierten Welt. und ist in hohem Maße vom freien und sicheren globalen Warenverkehr abhängig. Die importierten und exportierten Güter tragen zu rund Dreiviertel zu unserem Bruttoinlandsprodukt bei. Über 90 Prozent dieser Aus- und Einfuhren werden über See abgewickelt. Jeder vierte deutsche Arbeitsplatz, in der Industrie sogar jeder zweite, hängt vom Export ab. Aus diesem Grund muss Deutschland einen angemessenen militärischen Beitrag zur Sicherung des freien und ungehinderten Welthandels leisten.
4. Die sicherheitspolitische Lage sowie die politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt erfordern einen substantiellen politischen Beitrag und die militärische Fähigkeit zur Krisenbewältigung. Hierzu bedarf es einer umfassenden Analyse kurz-, mittel- und langfristige zu erwartender sicherheitspolitischer Risiken. Diese muss auch die Missachtung der Souveränität eines Staates und die Gefährdung der Unverletzlichkeit der Grenzen durch militärische Gewalt einschließen und die Landes- und Bündnisverteidigung stärker in Betracht ziehen.
5. Ein deutliches Bekenntnis deutscher Politik, einen angemessenen zivilen und militärischen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes, Europas und des transatlantischen Bündnisses sowie zur internationalen Krisenbewältigung zu leisten, erfordert eine kontinuierliche Bewertung des Auftrages und der Fähigkeiten der Bundeswehr sowie der verfügbaren und benötigten militärischen Ressourcen zur Erfüllung des von der Politik vorgegebenen Auftrages. Es bedarf einer sicherheitspolitisch weitsichtigen Planung und entsprechender operativer Vor-

gaben sowie eines breiten, die Einsatzoptionen abdeckendes Fähigkeitsspektrums der Bundeswehr. Dadurch werden teure ad hoc-Beschaffungen von Material und einsatzbedingte Unzulänglichkeiten weitgehend vermieden.

6. Die berechtigten Forderungen nach einer verstärkten militärischen Integration und internationaler Rüstungskooperation sowie die Notwendigkeit, die militärischen Fähigkeiten unter den Bündnispartnern zusammenzulegen (Pooling) oder zu teilen (Sharing), müssen umgesetzt werden. Dazu müssen auch die Rüstungsexportbestimmungen EU-einheitlich gestaltet werden.
7. Es liegt daher im grundlegenden Interesse Deutschlands, seinen Einfluss in internationalen Organisationen zu stärken. Es ist es Aufgabe der Bundesregierung, als gewichtiger Bündnispartner zur Handlungsfähigkeit des Bündnisses beizutragen. Unsere Politik der Zurückhaltung bei internationalen Friedensmissionen sollte überprüft, die Ausübung des Parlamentsvorbehalts praktikabler, also nur bei grundsätzlichen Fragen, gehandhabt werden, um die Verpflichtungen im Bündnis wahrzunehmen und einem eingetretenen Vertrauensverlust in Deutschlands Zuverlässigkeit entgegen zu wirken. Dazu muss Deutschland angemessene militärische Fähigkeiten für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung anbieten und beistellen, um im Bündnis glaubhaft mitgestalten zu können.
8. Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr verlangt eine optimale Ausrüstung und eine angemessene Vergütung. Eine unverzügliche Beseitigung möglicher Ausrüstungsmängel ist unverzichtbar.
9. Unerlässlich sind eine stärkere Verzahnung von äußerer und innerer Sicherheit zu einem vernetzten Gesamtsicherheitskonzept und eine Unterstützung durch die Bundeswehr mit ihren besonderen personellen, technischen und organisatorischen Fähigkeiten im Bereich der inneren Sicherheit angesichts der Ausbreitung von internationaler organisierter Kriminalität und des terroristischen Bedrohungsspektrums.
10. Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Sicherheitslage in und für Deutschland entspricht gemäß Umfragen weit gehend nicht den politischen Realitäten. Es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die sicherheitspolitischen Risiken und Verantwortung für unser Land besser zu verdeutlichen sowie das Verständnis für den Auftrag unserer Bundeswehr und für unsere bündnispolitischen Verpflichtungen zu fördern. Dies erfordert eine angemessenere politische und gesellschaftliche Diskussion.

Als regelmäßigen Anstoß sowie politische Verpflichtung hierzu sollte der Bundestag regelmäßige Sicherheitsdebatten führen. Die Bundesregierung sollte eine Sicherheitsstrategie formulieren und jährlich einen sicherheitspolitischen Bericht veröffentlichen sowie in turnusmäßigen, zeitnahen Abständen ein ressortübergreifendes Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands herausgeben.